

Weltwirtschaft

Im Durchschnitt positiv

Die OECD hat ihre Prognose zur Weltkonjunktur des kommenden Jahres veröffentlicht. Darin wird eine Fortdauer der gegenwärtigen Wachstumsperiode erwartet. Die günstigen monetären Rahmenbedingungen ermöglichen den Industrienationen ein reales BIP-Wachstum von 3 %. Die gegenwärtig stärkeren Länder, wie die USA, werden etwas schwächer, die schwächeren dagegen holen auf. Speziell den Japanern und den Europäern werden schlummernde Reserven attestiert, die es zu aktivieren gelte. Bei verhaltenem Optimismus sind es immerhin noch Zunahmen des BIP-Wachstums auf 2,9 % (Japan) bzw. 2,7 % (EU). Für Deutschland und Frankreich werden sogar 2,8 % erwartet. Die Arbeitslosenquoten werden nur geringfügig sinken. Unter den Schwellenländern ragen China und andere südostasiatische Länder sowie Lateinamerika heraus. Sie leisten überdurchschnittlich hohe Beiträge zur Stärkung der Weltkonjunktur und des Welthandels.

G7 plus 1 gleich G8

Der Gipfel von Denver

Es spricht für die Funktionsfähigkeit der Weltwirtschaft, daß die Weltwirtschaftsgipfel immer mehr zu politischen Veranstaltungen werden. Ein Regierungssprecher in Beijing hat denn auch vorsorglich daran erinnert, daß makroökonomische Abstimmungen das eigentliche Thema seien und nicht etwa innerchinesische Angelegenheiten wie Menschenrechte, Hongkong oder Taiwan. So folgt auch das herausragende Ereignis des Gipfels von Denver, die Aufnahme Rußlands in den Club, einer politischen Logik, keiner ökonomischen. Die japanischen Vorbehalte dagegen – wegen der seit 1945 von Rußland okkupierten Kurilen – entstammen ebenfalls dem politischen Feld.

Gemeinsame Probleme der alten Industrienationen sind insbesondere die sozialen Gegensätze, die im Zeichen der Globalisierung stärker werden. Dabei werden hohe Arbeitslosenraten in Kanada und Europa von den Amerikanern als Indikator dieser Gegensätze angesehen. Ein weiteres typisches Problem ist die Überalterung der Bevölkerung, genauer gesagt: die Verteilung der Lasten für die Altersversorgung.

Die EWWU und der EURO bewegen die Amerikaner kaum. In der amerikanischen Geschichte wurde die gemeinsame Währung erst nach der politischen Einigung eingeführt. Angesichts der demonstrativen Nichteinmischung läßt allein die Themenwahl erkennen, daß die wirtschaftlich erfolgreichen Amerikaner andere Prioritäten setzen würden.

Unter den eigentlichen weltwirtschaftlichen Themen ragt die Schaffung eines leistungsfähigen Risikomanagements für die globalisierten Finanzmärkte heraus (der Schock der Krise des mexikanischen Peso von 1994 wirkt nach). Der Internationale

Währungsfonds konnte sein System von Indikatoren zur Früherkennung von Risiken («Artikel-IV-Konsultationen») schon jetzt deutlich verbessern.

Der Gipfel eignet sich zugleich hervorragend für gute Worte. Die Amerikaner machen sich für Afrika stark, die Deutschen für den Regenwald – den tropischen natürlich, nicht den für das Weltklima wichtigeren borealen Sibiriens. Die USA sind das Schlußlicht unter den OECD-Staaten, was Entwicklungshilfeleistung angeht: 0,1 % des Bruttosozialprodukts. Daran soll sich auch nichts ändern. Ändern soll sich das Prinzip der Verteilung: nicht nach Bedürftigkeit, sondern nach bewiesener Leistung.

Schmiergeldzahlungen ins Ausland

Neue OECD-Empfehlung

In den USA sind sie verboten, in Deutschland und anderswo von der Steuer abzugsfähig: Schmiergeldzahlungen an korrupte Staatsdiener im Ausland. Eine neue OECD-Empfehlung soll international für mehr Fairness im Wettbewerb sorgen, indem das amerikanische Modell im wesentlichen von allen OECD-Mitgliedsländer übernommen wird. Die Weltbank sekundiert und weist dabei insbesondere auf Schäden für die Volkswirtschaften, deren Unternehmen solche Zahlungen abverlangt werden.

Der Grundgedanke der Ächtung solcher Praktiken leuchtet unmittelbar ein. Gegen die als Vorbild dienende amerikanische Regelung sprechen denn auch hauptsächlich die Praktiken, mit denen sie immer wieder umgangen werden: durch Agenten, Strohmannen und andere rechtlich nicht einzubindende Vermittler von Geschäften. In jedem Fall aber, das lehrt die amerikanische Erfahrung, wird der Aufwand für die Dokumentation von Auslandsgeschäften zunehmen.

Mit der Unterzeichnung wird noch im laufenden Jahr gerechnet. Die Einleitung der Gesetzgebungsverfahren zur Umsetzung in nationales Recht durch die Signatarstaaten steht für das Frühjahr 1998 an. Der in Deutschland im Juni vorgelegte Gesetzesentwurf bleibt allerdings weit hinter den Forderungen, selbst hinter den gemachten Zusagen zurück, indem insbesondere die steuerliche Abzugsfähigkeit beibehalten werden soll.

Electronic Commerce

Vertriebsweg Internet

Ausgerechnet das anarcho-demokratische Internet verschärft die Unterschiede zwischen großen Unternehmen und kleinen und mittleren – jedenfalls in Deutschland. Die großen sind mit 98 % praktisch vollständig ans Netz angeschlossen, die KMU dagegen verhalten sich mit 3 % äußerst zurückhaltend, erklären sich in Umfragen allerdings als überwiegend interessiert.

Derzeit überwiegen im Bereich der kommerziellen Nutzung des weltweiten Netzwerkes noch werbliche Auftritte. Für die Zukunft wird aber erwartet, daß der

Vertrieb, insbesondere das sogenannte Business-to-Business-Geschäft stark zunehmen wird. Auch der dazugehörige Schriftwechsel kann papierlos abgewickelt werden. Dafür ist ein Standard entwickelt worden, der den Beteiligten die nötige Sicherheit verschaffen soll: der Electronic Data Interchange Standard (EDI). Je nach Branche geht auch von den Kunden Druck auf die Unternehmen aus, Internet-Lösungen anzubieten.

Der amerikanische Präsident hat das Internet mittlerweile zur Freihandelszone für den elektronischen Handel ausgerufen. Eine amerikanische Delegation wirbt in den wichtigen Partnerländern für diese Idee.

Bundesrepublik Deutschland

Strukturkrise aus politischer Sicht

Können wir uns uns noch leisten?

Die Globalisierung verschärft den Wettbewerb nicht gleichmäßig. Es gibt exponierte Branchen, in denen hoher Wettbewerbsdruck herrscht, und es gibt typisch lokale Dienste, die überwiegend nationalen oder lokalen Standortbedingungen unterliegen. Der Konstanzer Politologe Fritz W. Scharpf hat in der Frankfurter Allgemeinen vorgerechnet, daß die deutsche Wirtschaft im globalen Wettbewerb eine hervorragende Position einnimmt. In den international exponierten Sektoren wie der industriellen Produktion, der Landwirtschaft und der Finanzwirtschaft finden bei uns 36 % der erwerbsfähigen Bevölkerung einen Arbeitsplatz, in den USA 32 %, in den Niederlanden nur 27 %. In den lokalen Dienstleistungen dagegen liegen wir mit 28 % am unteren Ende der Skala, die USA mit 41 % und Schweden mit 39 % an der Spitze. Dieser Rückstand entspricht einem Minus von 6 Millionen Arbeitsplätzen – bei 4,3 Millionen gemeldeten Arbeitslosen.

Die Nachteile sind konstruktionsbedingt. Das Volumen der Sozialleistungen liegt keineswegs an der Spitze vergleichbarer Länder. Gravierende Unterschiede bestehen vielmehr sowohl auf der Herkunfts- als auch auf der Verwendungsseite. Die Finanzierung in Gestalt von Lohnnebenleistungen belastet die Betriebe und die Beschäftigten weit stärker als das in anderen Ländern der Fall ist. Die in Deutschland bevorzugte Form der direkten Transferzahlung sabotiert geradezu, so Scharpf, die private Beschäftigung. Die sozialen Dienste beschäftigen bei uns denn auch nur 18 %, in den als eher unsozial geltenden USA sind es 31 %. Deutschland gehört zu den Ländern, über die es in der Wirtschaftserklärung des G7-Gipfels in Denver heißt, sie müssen die Rolle des Staates in ihren Volkswirtschaften neu gestalten.

Amsterdamer Gipfel Fortschrittchen

Während die Bürger stöhnen über die Lasten, die ihnen im Zeichen der angestrebten Konvergenz aufgebürdet werden, leisten sich die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten umfassende Divergenz in fast allen wichtigen Fragen. So wich denn die, wie stets, geäußerte Zuversicht vor dem Gipfeltreffen auch rasch der Enttäuschung über die allzu kleinen Fortschritte, die das Treffen brachte.

Die erst nach dem Regierungswechsel in Frankreich aufgekommene Kontroverse um ein Beschäftigungskapitel im revidierten Vertrag von Maastricht konnte beigelegt werden: als hochrangige, aber nicht dotierte Aufgabe kommt der Entschließung für Wachstum und Beschäftigung hauptsächlich Appellcharakter zu. Weiteren Aufschluß zur Rolle der EU in der Beschäftigungspolitik soll ein Sondergipfel im Herbst bringen.

Konkret helfen kann derzeit allenfalls die Europäische Investitionsbank (EIB), auch ohne dafür – das war die deutsche Bedingung – zusätzliche Gemeinschaftsmittel zu beanspruchen. Sie hat genügend Reserven, um Investitionsvorhaben zu finanzieren, die neben allgemeinen Wirtschaftlichkeits- auch Beschäftigungsaspekte berücksichtigen, und erklärte sich inzwischen dazu bereit.

Weniger spektakulär ausgetragen wurden Konflikte um die Annäherung in der Außen- und Sicherheits- sowie in der Innenpolitik. Schon im Europa der Fünfzehn macht sie kaum Fortschritte. Die Osterweiterung würde sie zu einer schier unlösbaren Aufgabe machen, wenn insbesondere die Institutionen und die Beschlußverfahren nicht vorher so reformiert werden, wie es der Gedanke einer politischen Union als Ziel erfordert.

In Erklärungen und Protokolle verwiesen wurden einstweilen strittige Themen der gemeinsamen Wettbewerbspolitik. Aus deutscher Sicht von Bedeutung sind die Ausnahmeregelung für öffentlich-rechtliche Unternehmen, insbesondere Kreditinstitute und Rundfunkanstalten. Ein Bestandsschutz ist damit freilich nicht gegeben. Bestätigt wurde lediglich das Recht von Gebietskörperschaften, in ihren Regionen eigene Einrichtungen dieser Art betreiben zu dürfen, allerdings mit der Einschränkung, daß privaten Konkurrenten daraus keine unangemessenen Wettbewerbsnachteile entstehen dürfen.

Der EURO, Symbol für die dritte Stufe der Europäischen Wirtschaftsunion, war kein Thema mehr für Diskussionen. Das Stabilitätsziel steht ebenso wenig in Frage wie die zur Bedingung gemachte Konvergenz der nationalen Entwicklungen auf eine gemeinsame Linie hin oder der Fahrplan. Der angekündigte Kassensturz in Frankreich mit dem erwarteten Ergebnis, daß mindestens das Verschuldungskriterium deutlich verfehlt werde, warf allerdings einen Schatten auf den allseits herrschenden Optimismus der Konferenzteilnehmer.

Nach der Konferenz veröffentlichte die Kommission ihren Bericht über die Auswirkungen des EURO auf die Kapitalmärkte. Es gibt keinen Zweifel daran, daß die auch in diesem Bereich geforderte Konvergenz in Gestalt eines »Big Bang«, einer Umstellung zu einem Stichtag, auf die Länder der EURO-Zone zukommen wird – und das wohl schon zum 1. Januar 1999. Als Vorbild für den EURO-Kapitalmarkt wird in dem Bericht pikanterweise der britische herausgestellt.

Ein anderes Defizit beklagen die Amerikaner. Sie vermissen politische Entscheidungsträger mit ausreichenden Kompetenzen für globale Koordination und Krisenmanagement. Diese Aufgaben berühren sowohl die Zusammenarbeit im Kreis der G7-Staaten als auch in anderen internationalen Organisationen und bei internationalen Verhandlungen.

Und nach dem Gipfel? Das Konzept für die Eröffnung und den Ablauf der Beitrittsgespräche wird erst für Dezember erwartet. Nicht einmal die Auswahl der beitragswilligen Länder, mit denen ausgehandelt werden soll, ist bisher getroffen worden. Die auch mit den Beitritten verbundene Aufgabe einer fundamentalen EU-Finanzreform, genannt »Agenda 2000«, birgt viel Konfliktstoff. Klar ist nur, daß mehr als 1,27 % des Bruttosozialprodukts (wie heute) nicht vorgesehen werden sollen. Selbst unter dieser Prämisse sollen die Beiträge gerechter verteilt werden mit dem Ziel, die jetzigen Nettozahler zu entlasten. Deshalb werden Einschnitte in die Agrar- und die Strukturpolitik erwartet, deren Etats zusammen 80 % des gesamten Haushaltsvolumens ausmachen.

Wirtschaftsförderung

Richtlinien und Programme

Die Exportförderung durch staatlich geförderte Ausfuhrkreditversicherungen stellt ein bewährtes Instrument der Wirtschaftsförderung dar – leider zugleich eines, das wettbewerbsrechtlich umstritten ist. Der Streit darüber hat ein ehrwürdiges Alter. Jetzt wird erneut ein Anlauf gemacht, um wenigstens ein Mindestmaß an Transparenz und Harmonisierung zu erreichen. Ohne die vorbereitete Richtlinie hätte die EU eine schlechte Position in den anstehenden Verhandlungen mit der OECD, in denen neue Vereinbarungen getroffen werden sollen, um vor allem mit den USA und Japan zu einem Konsens zu kommen. Der jährliche Aufwand in der EU wird auf 5 Mrd. Ecu (umgerechnet knapp 10 Mrd. DM) geschätzt. Angestrebt werden Regeln, nach denen staatliche Leistungen allenfalls dann zulässig sein sollen, wenn private Versicherungen nicht angeboten werden.

Von der Europäischen Kommission und dem Europäischen Investmentfonds (EIF) wurde das Programm »Wachstum und Umwelt« als Pilotprojekt gestartet. Es soll als Kreditgarantieprogramm für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) Investitionsvorhaben unterstützen, durch die spürbare Verbesserungen für die Umwelt erbracht werden. Das Darlehensvolumen ist auf 1,8 Mrd. Ecu begrenzt.

EWU

Rangelei in den Kernlanden

Das Einvernehmen zwischen Deutschland und Frankreich in Sachen EWU nimmt offensichtlich ab, je näher die entscheidenden Termine rücken. Die Befugnisse der Europäischen Zentralbank (EZB) etwa beziehen ihren gegenwärtigen Streitwert aus den unterschiedlichen Konsequenzen für die Bankplätze Frankfurt am Main und Paris – je nachdem, ob die EZB selber operativ tätig werden darf oder ob dies den nationalen Notenbanken überlassen bleiben soll. Dabei sind beide Länder inzwischen fiskalisch in Situationen, in denen sie neue Konvergenzprogramme vorlegen sollten und so um das Vertrauen zu werben, das sie mittlerweile eingebüßt haben.

Assoziierungen und Kooperationen

Rückschlag am Mittelmeer

Die gemeinsame Außenwirtschaftspolitik der EU ist weiter um gute Beziehungen zu den Nachbarn und zu anderen Partnern bemüht. Der angestrebte Annäherungsprozeß an die Mittelmeeranrainerstaaten, die nicht EU-Mitglieder sind, hat einen empfindlichen Rückschlag erlitten – durch den Widerspruch eines mediterranen Mitgliedes: Spanien. Das Assoziierungsabkommen mit Jordanien, das einen fragilen Kompromiß darstellte, kann nicht in Kraft treten. Den Hintergrund für die Ablehnung bilden außer Spaniens Agrarinteressen offenbar auch eine von den Partnern in der EU unterschätzte Empfindlichkeit im Umgang mit vereinbarten Verhandlungsrahmen.

MRA mit USA und Kanada

Nationale und (im Falle der EU) auch Gemeinschaftsnormen für die Sicherheit und die Qualitätssicherung bestimmter Produkte können nach außen als nichttarifäre Handelshemmnisse wirken. Um das zu verhindern, sind zwischen der EU und den USA sowie Kanada Abkommen über die gegenseitige Anerkennung solcher Normen geschlossen worden: MRA genannt (Mutual Recognition Agreements). Betroffen sind vor allem Mobiltelefone, Röntgengeräte und Arzneimittel. Allein im Handel mit den USA geht es um ein Volumen von zuletzt 47 Mrd. \$ und um den Abbau von Exportverteuerungen, die bis zu 10 % des Handelswertes ausmachen.

Ein ähnliches Abkommen mit Japan soll in Kürze verhandelt werden. Es wird als Teil der japanischen Deregulierungspolitik angesehen, die insgesamt den Marktzugang für ausländische Exporteure erleichtern soll. Hintergrund dieser Anstrengung sind die anhaltend hohen Handelsbilanzüberschüsse Japans.

Gemeinsamer Zolltarif

Senkung für IT-Erzeugnisse

Der WTO-Beschluß vom letzten Jahr, den weltweiten Handel mit Produkten der Informationstechnologie ab Anfang 2000 zollfrei zu stellen, wird planmäßig und schrittweise umgesetzt. Zum Auftakt ist der Gemeinsame Zolltarif der EU zum 1. Juli 1997 in der Regel um 25 %, bei Halbleitern um 50 % herabgesetzt worden. Dadurch soll die Schubkraft der Wachstumsindustrie Nr. 1 weiter verstärkt werden.

Nordamerika

US-Wirtschaft

All systems are go

Als Präsident Clinton auf dem G7-Gipfel die amerikanische Wirtschaft als vorbildlich hinstellte, konnten die anderen Teilnehmer nichts dagegen sagen. Die Urteile in Amerika selber beruhen weniger auf Vergleichen mit anderen Volkswirtschaften als vielmehr auf Erfahrungen aus der eigenen Vergangenheit und reichen bis hin zu Extremen. Die einen meinen (wieder einmal) das Ende des Phänomens konjunktureller Schwankungen gekommen zu sehen, die andern zittern vor jedem falschen (oder auch richtigen) Wort der »Fed«, der Notenbank der USA. Die meisten weisen auf einzelne konkrete Gefahrenquellen hin und warnen vorm Übermaß in der einen oder anderen Entwicklung. Eines aber scheint (derzeit wenigstens) unbestritten zu sein: das ganze funktioniert.

Die Quellen des Unbehagens reichen von methodischen Bedenken gegenüber der amtlichen Statistik, und tatsächlich werden oft ganze Zeitreihen keineswegs schüchtern nach rückwärts korrigiert, über drohenden Mangel an qualifizierten Arbeitskräften und bedenklich hohen Forderungsausfällen im privaten Sektor bis hin zu nicht auszuschließenden »Fehlsteuerungen« durch die Fed. Hinzu kommen die Gefahren aus den liberalisierten und globalisierten Märkten, insbesondere den verflochtenen Kapitalmärkten. Diese Gefahren werden bekanntlich verstärkt durch die extreme Empfindlichkeit der Börsen, wie die Reaktion auf die Äußerung des über amerikanische Rüffel wegen anhaltend hoher Exportüberschüsse verärgerten japanischen Ministerpräsidenten, Japan könne aus amerikanischen Staatsanleihen aussteigen und lieber Gold kaufen, um die eigenen Währungsreserven aufzustocken, wieder einmal deutlich zeigte.

Gleichwohl wären alle von den Auguren ausgemachten Schatten für deutsche oder französische Verhältnisse schlimmstenfalls Schättchen, die man gern in Kauf nehmen würde, wenn man ähnlich hohe Wachstumsraten (5,8 % im ersten Quartal) und ähnlich niedrige Arbeitslosenquoten (4,8 % im Mai) vorweisen könnte.

Lateinamerika

CARICOM

AKP und/oder FTAA

Die Caribbean Community (CARICOM), die kleinste Wirtschaftsregion der Welt, hat es bisher nicht verstanden zusammenzuwachsen. Mit der Aufnahme Haitis vertritt sie nunmehr 13 Mio. Einwohner mit ganz unterschiedlichen Interessen. Einerseits halten die AKP-Mitgliedstaaten, zu denen auch Haiti und die Dominikanische Republik gehören, an ihren Privilegien fest und richten ihre Hoffnung auf das Lomé-Folgeabkommen (dem auch Kuba beitreten möchte). Andererseits will die Region in die geplante panamerikanische Freihandelszone FTAA hineinwachsen, die spätestens im Jahr 2005 eingerichtet werden soll. Der Einspruch der USA im Streit um die Bananenmarktordnung zwischen der WTO und der EU weckt zwiespältige Gefühle in der Region, je nachdem, ob die EU von innen oder von außen beliefert werden soll.

MERCOSUR

Junge Mannschaft

Die nationalen Spielwiesen waren überschaubar. Auf dem globalen Spielplatz wirkt die junge Mannschaft (Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay) noch etwas ungeübt. Immer noch leistet sie sich den Luxus vermeidbarer interner Spannungen (Spielchen mit nichttarifären Handelshemmnissen in der Zolltarifgemeinschaft). Unsicher sind die Mitgliedsländer auch, welcher Allianz unterhalb der WTO sie sich bevorzugt annähern sollen. Die USA drücken aufs Tempo, wollen die Verhandlungen über die Panamerikanische Freihandelszone (jetzt Free Trade Area of the Americas, FTAA, genannt) möglichst schon im nächsten Jahr aufnehmen. Brasilien, das mit Abstand größte MERCOSUR-Land dagegen verspricht sich von einer Freihandelszone mit der EU einen mehr als doppelt so hohen Vorteil – für Brasilien (5,05 % gegenüber 2,08 % nach einer Studie der Getúlio-Vargas-Stiftung). Im Dezember findet jedenfalls in Montevideo das »Partenariat EU-MERCOSUR« statt. Es gibt auch Überlegungen, das Gewicht der Gemeinschaft durch Aufnahme bzw. Assoziation weiterer Mitglieder (Bolivien, Chile) zu stärken, bevor die FTAA-Verhandlungen aufgenommen werden. Die Annäherung an die EU ist in diesem Licht gesehen zugleich ein Versuch, das Übergewicht der USA zu verringern.

Im übrigen überwiegen die Erfolge des Zusammenschlusses, so daß die Mitgliedsländer an dem eingeschlagenen Weg festhalten. Seit Gründung, 1991, ist das Volumen des Binnenhandels von gut 4 Mrd. \$ auf mehr als 17 Mrd. \$ gestiegen, allein im letzten Jahr noch einmal um 19 %. Die Importe aus Drittländern in Höhe von 66 Mrd. \$ beweisen, daß es dabei zu keiner Abschottung nach außen gekommen ist.

Peru

Gedämpfte Hoffnungen

Das Land ist im Umbau wie andere südamerikanische Länder auch. Die Position scheint aber eher schlechter zu sein. Die kurze Wirtschaftsblüte von 1994 und 95 ist vergessen. Geblieben sind die alten Probleme. Der Terrorismus hat mit dem Geiseldrama von Lima den womöglich letzten Höhepunkt erreicht. Der Drogenhandel blüht. Wäre er legal, würde er die stärkste Exportbranche darstellen. So nimmt der Tourismus die erste Stelle ein, gefolgt von Kupferexporten. Die Anstrengungen, international wettbewerbsfähig zu werden, sind unübersehbar: die Privatisierung der großen Staatsbetriebe nähert sich dem Abschluß, die Schuldenkrise ist durch das Brady-Abkommen offiziell beendet, 1200 neue Schulen sind eingerichtet worden. Noch aber lebt die Hälfte der Bevölkerung in Armut, die offiziell genannte Arbeitslosigkeit von 10 % besagt gar nichts, da eine staatliche Arbeitslosenhilfe nicht existiert. Es wird geschätzt, daß 85 % der erwerbsfähigen Bevölkerung unterbeschäftigt sind.

Der Andenpakt, die Wirtschaftsgemeinschaft mit Bolivien, Ecuador, Kolumbien und Venezuela, brachte nicht den gewünschten Schub. Da Peru sich mit seinen Vorstellungen zur Zollunion nicht durchsetzen konnte, verließ es die Gruppe wieder. Jetzt bieten sich Verhandlungen mit dem MERCOSUR an mit dem Ziel beizutreten oder – nach chilenischem Vorbild – als assoziiertes Mitglied selbständig zu bleiben. Die Hoffnungen auf einen Aufschwung sind insgesamt gedämpft, aber nicht begraben.

Asien

Tigerstaaten

Dynamisch, nicht unbändig

Die dynamischen Volkswirtschaften Asiens wachsen weiter, aber etwas langsamer, denn auch sie bewegen sich im Kräftefeld der Weltwirtschaft. Die im jüngsten Ausblick der OECD konstatierte leichte Abschwächung des Wachstumstrends hat zum Teil mit der Entwicklung in den Partnerländern zu tun, zum Teil aber auch mit der eigenen Entwicklung. Von außen bremst das vergleichsweise schwache Wachstum in vielen entwickelten Volkswirtschaften die Exporte. Von innen wirkt eine kontraktive Geldpolitik inflations- und damit zugleich wachstumshemmend.

Regionale Zusammenschlüsse

Hallo Nachbarn

Die ASEAN-Staaten wachsen zwar immer noch beneidenswert stark, aber deutlich langsamer als auf dem Höhepunkt des asiatischen Booms. Daran wird auch die Aufnahme weiterer Mitglieder nicht viel ändern. Aus politischer (westlicher) Sicht ist

die Aufnahme Myanmars, des früheren Burma, besonders problematisch (die EU lehnt den Dialog mit dem Land weiterhin ab, auch im Rahmen der EU-ASEAN-Gespräche), aus wirtschaftlicher Sicht umgekehrt die Aufnahme von Laos und Kambodscha. Beide Staaten sind nicht gerüstet für die ASEAN, insbesondere nicht dafür, aus der Mitgliedschaft wirtschaftliche Vorteile zu ziehen. Kambodscha etwa bezieht bis zu 72 % seiner Staatseinnahmen (ohne Entwicklungshilfe) aus Zöllen, die in der Asiatischen Freihandelszone (AFTA) binnen zehn Jahren auf Null zurückgeführt werden müssen. Ihnen bleibt nur der Prestigegewinn und den übrigen Mitgliedern der besonders mit der Aufnahme Myanmars erbrachte Beweis, westlichen Ansinnen trotzen zu können.

Auf der Suche nach neuen Absatzmärkten entdecken die asiatischen Nachbarn einander neu. Thailand hat sich jüngst mit Bangladesch, Indien und Sri Lanka zusammengetan zur BIST-Economic Cooperation (nach den Anfangsbuchstaben der Partnerländer). Myanmar will Ende des Jahres beitreten. Die Freigabe der thailändischen Währung Anfang Juli zeigte prompt die Kehrseite der Vernetzung: Der Kursverfall um ein Fünftel schlug durch auf die Währungen Malaysias und der Philippinen.

Die BIST-EC ergänzt den Bund von vierzehn Anrainerstaaten des Indischen Ozeans, der im März ins Leben gerufen wurde (Indian Ocean Rim Association for Regional Cooperation, IOR-ARC) und versteht sich als Brücke zwischen dem indischen Subkontinent und den ASEAN-Staaten. Thailand erwägt, auch der asiatisch-ozeanisch-afrikanischen IOR-ARC beizutreten.

Indien

Langsam wird die Tür geöffnet

Indien mit seinen vielen Völkern, Sprachen und Traditionen ist schwer zu regieren. Ausländischen Unternehmen im eigenen Land wird vielfach mit tiefsitzendem Mißtrauen begegnet – so, als drohe eine neue Kolonisation. Entsprechend lange dauerte es, bis die Tür zu den Weltmärkten wenigstens einen Spalt breit aufging.

Der vor sechs Jahren eingeleitete Reformprozeß kommt voran – zu schnell, wie viele Inder meinen, zu langsam nach Meinung exportwilliger Unternehmen im Ausland. Zölle, die in Einzelfällen immer noch 50 % betragen, dazu Handelshemmnisse bis hin zu Kontingentierungen und Verboten blockieren Chancen, auf dem riesigen Markt Fuß zu fassen. Lediglich den WTO-Abkommen zur Informations- und Kommunikationstechnik trat Indien bei. Die WTO drängt auf weitere Liberalisierung, auch die EU wird massiv.

Nach wie vor werden die Landwirtschaft und andere Branchen als Reservate geschützt. Die versprochene Liberalisierung des Versicherungsmarktes ist nach ersten Schritten, für die jeweils Jahrzehnte benötigt wurden, ins Stocken geraten. Ausländische Unternehmen können bis heute in Indien keine Patente anmelden; ein Ver-

such, diese Verpflichtung aus der Schlußakte der Uruguay-Runde in nationales Recht umzusetzen, scheiterte im Oberhaus.

Der indische Anteil am Welthandel, der knapp über sechs Promille liegt, zeigt deutlich den Entwicklungsrückstand. Der indische Finanzminister hat Probleme im Blick, die größer sind: jeder zweite Inder ist Analphabet, jeder dritte hat keinen Zugang zum Gesundheitswesen. Es bleibt schwierig für den Subkontinent, Anschluß zu finden.

Afrika

AFDB-Tagung

Streit um Einfluß

Die USA wollen ihre Entwicklungshilfe für Afrika umstellen vom Bedürftigkeitsauf eine Art Leistungsprinzip: als Hilfe zur Selbsthilfe, wie es heißt. Die Afrikanische Entwicklungsbank (AFDB) hat dabei für den kontrollierten Einsatz des Kapitals eine Schlüsselrolle inne. Bisher bringen die Afrikaner selber zwei Drittel, die sogenannten nichtregionalen Länder ein Drittel des Kapitals auf. Die Amerikaner wollen diesen Anteil auf 45 bis 49 % steigern, verbunden mit einer entsprechenden Steigerung von deren Einfluß auf die Beschlüsse der Bank. Genau dagegen leisteten auf der Jahrestagung in Abidjan mehrere afrikanische Länder Widerstand: Nigeria vor allem, aber neben Libyen auch Uganda, das gerade einen großzügigen Schuldenerlaß durch westliche Gläubigerländer eingeräumt bekam.

Südafrika

Im Aufbruch

Der Weg aus der moralischen Isolation in den globalen Wettbewerb ist weder kurz noch geradlinig zurückzulegen. Fehlsteuerungen kommen vor, werden aber schneller sichtbar als im Zustand der Abgeschlossenheit. Das Schiff Südafrika ist nach einigen Schlenkern wieder auf Kurs und hat Fahrt aufgenommen. Die Reformen kommen voran, Privatisierungen mit ausländischer Beteiligung verschaffen dem Haushalt Luft und stärken das Vertrauen von Investoren. Mandela als Symbolfigur für die Überwindung der Apartheid beschränkt sich zunehmend auf diese Rolle und überläßt das Tagesgeschäft seinem Vizepräsidenten Mbeki.

Nachdem Deutschland nur noch der zweitwichtigste ausländische Investor (nach Großbritannien), aber der größte Lieferant ist, werben beide Staaten bei deutschen Unternehmen um Investitionen, zumal die deutsche Wirtschaft Stärken hat, die den Schwächen der Südafrikaner fast spiegelbildlich entsprechen: im Maschinen- und im Fahrzeugbau, in der Elektrotechnik und im weiten Feld der Umwelttechnik. In der Provinz Eastern Cape, an der Mündung des Coega, wird ein neuer Tiefwasserhafen mit umgebender Industriezone, vorzugsweise für die Schwerindustrie, geplant. Dort

sollen vor allem die reichen Bodenschätze des Landes verarbeitet und zum Teil exportiert werden.

Überhaupt ist Europa der interessanteste Markt für die Afrikaner. Der Beitritt zum Lomé-Abkommen hat für ein gewisses Entree gesorgt, mit dem sie aber noch nicht am Ziel ihrer Wünsche sind. Die eingeleiteten Verhandlungen sind recht schwierig, denn die Stärken im Export sind jeweils dort besonders ausgeprägt, wo die Partner besonders empfindlich sind und Schutz vor Importen beanspruchen.

Europa

Island

Wachstumspause beendet

Fisch ist immer noch wichtig: Fang, Verarbeitung und Export. Der Rückgang der Kabeljaubestände ist überwunden, der Dorschfang nimmt wieder zu. Die krisenbegleitende Inflation ist noch nicht gebändigt. Die vorsichtig optimistischen eigenen Schätzungen sind von der OECD mehr als bestätigt worden: Es geht wieder aufwärts.

Die Exporte erholen sich und werden im nächsten Jahr um 5 % zunehmen. Die Importe wachsen langsamer, so daß der Außenbeitrag geringfügig zunehmen dürfte. Die Arbeitslosigkeit fällt bis zum nächsten Jahr voraussichtlich auf 3,4 %. Die Inflationsrate allerdings wächst noch immer und dürfte einen Wert von 3,5 % erreichen – der einzige Grund zur Sorge. Die anhaltende Investitionstätigkeit jedenfalls ist gut für ein reales Wachstum um 4,5 % in diesem Jahr.

Mittel- und Osteuropa

Vor dem Beitritt

Die MOE-Länder, die EU-Mitglieder werden wollen, müssen bemüht sein, ihre Volkswirtschaften über die historisch begründeten Reformanstrengungen hinaus in eine Konvergenz der Entwicklung mit den alten EU-Mitgliedern zu bringen, und sie sind es auch.

Die Folgen für das Zusammenwachsen sind insgesamt als positiv zu bewerten. Das Interesse der westlichen Partnerländer unterliegt dabei auch Veränderungen, die negativ bewertete Züge tragen. Die Verflechtung durch Joint Ventures und durch Gründung von Niederlassungen im östlichen Ausland trägt vor allem dort Früchte, wo im Markt für den Markt produziert wird. Ähnlich erfolgreich entwickeln sich reine Handelsbeziehungen. Dagegen ziehen sich Betriebe, die nahezu ausschließlich auf Lohnkostenvorteile und Reimport gesetzt haben, mehr und mehr zurück, und neue treten kaum auf.

Auch die Lohnkosten unterliegen der Konvergenz. Vor allem erreichen sie weit unterhalb des Niveaus westlicher Länder für Investoren bereits dann kritische Marken, wenn spezifische Kosten solcher Engagements hinzukommen und die Rest-

vorteile aufzählen. Zu diesen sogenannten weichen Faktoren zählen mangelnde Beherrschung der Landessprache, Behinderung durch vielfach noch unzureichende Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur sowie das Tempo der Reformen, die täglich neue Bedingungen schaffen.

Ein weiteres Problem stellt die wachsende Konkurrenzsituation der mittel- und osteuropäischen Standorte untereinander dar. Begünstigt worden ist diese Entwicklung durch nationale und internationale Hilfeleistungen, zumal durch deren unzureichende Abstimmung. Die Bilanz des Bundesfinanzministeriums weist allein für Deutschland bis Ende 1996 Unterstützungsleistungen in Höhe von 181 Mrd. DM aus. Jetzt sollen die Leistungen besser koordiniert und stärker an Zwischenziele auf dem Weg zum EU-Beitritt gebunden werden.

Die Erfolge vor allem Polens und Tschechiens sind erfreulich, gedeihen aber noch in einem wirtschaftlichen Schutzgebiet, das den rauhen Winden auf den Weltmärkten nicht voll ausgesetzt ist. Wenn die Zollschranken gefallen und die nicht-tarifären Handelshemmnisse abgebaut sein werden, müssen die reformierten Volkswirtschaften ihr wahres Stehvermögen beweisen.

Rußland

Erbe Umweltverschmutzung

Die Öffnung des Eisernen Vorhangs brachte nach und nach an den Tag, was jahrzehntelang unter der Decke gehalten wurde, so daß heute neben politischen und wirtschaftlichen vor allem Umweltprobleme sichtbar sind, deren Lösung (gleichfalls) keinen Aufschub duldet. Vor allem Oberflächen- und Grundwasservorräte sowie die Luft sind verschmutzt und radioaktiv belastet. Der Raubbau in den Wäldern der Taiga hat riesige Ausmaße angenommen, ausgelöst durch die Holzgier einiger asiatischer Länder und begünstigt durch die kurzfristige Gewinnsucht lokaler Autoritäten.

Im Rahmen des Tacis-Programms für technische Hilfe der EU in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion sind kürzlich 2,9 Mio. Ecu speziell für Umweltschutzmaßnahmen bereitgestellt worden. Ein Teil der Mittel fließt in Informationsveranstaltungen. Durch sie soll das Bewußtsein für die Bedeutung dieser Probleme geschärft und auf konkrete Möglichkeiten zur Lösung aufmerksam gemacht werden.

Die wirtschaftlichen Aspekte berühren die Staatsfinanzen, die durch den Raubbau nachhaltig geschädigt würden, vor allem aber die Investitionstätigkeit, die mit dem Einsatz der Mittel und eigenen bzw. aus anderen Quellen finanzierten Anschlußaktivitäten verbunden ist. Zugleich kann die Nutzung der wertvollen Rohstoffe (zunächst durch Export, später auch durch Weiterverarbeitung im Land) verbessert werden (etwa durch neue Gas- und Ölpipelines).

Erstdruck in: Außenwirtschaftsbrief 4/97. Informationen für das erfolgreiche Auslandsgeschäft. Für den Inhalt verantwortlich: Günther Flemming. Köln, August 1997: Deutscher Wirtschaftsdienst.